



Verzicht auf Reiterstaffeln „taktisch kein Verlust“

Polizei des Landes gibt dem Sympathieträger Pferd den Abschied

Übungszeiten stehe der einzelne Beamte nur zur Hälfte seiner Dienstzeit für Einsätze zur Verfügung. Der Verzicht auf Reiterstaffeln an Spielorten der Bundesliga zum Einsatz gegen Ausschreitungen von Hooligans habe in Gelsenkirchen und Duisburg keine Sicherheitseinbußen mit sich gebracht: Beide Standorte hätten schon vor Jahren ihre Reiterstaffeln aufgelöst. Die Werbewirkung des „Sympathieträgers Pferd“ schließlich sei auch kein Grund, dafür öffentliche Mittel einzusetzen. Für dieses Ziel gebe es schließlich das Landespolizeiorchester, das reiche aus.

Zuverlässig zur Stelle, wenn vor dem Landtagsgebäude demonstriert wird; Polizeikommissarin Nicola Kirner auf „Eros“ (L.) und Polizeikommissar Heiner Mues auf „Quintus“. Foto: Schälte

Der Minister ließ sich nicht beeindrucken: Weder die Breitsen der Oppositionsfractionen im Innenausschuss (Vorsitzender Klaus Stallmann, CDU) noch die 100.000 gesammelten Unterschriften konnten Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) dazu bewegen, von seinem Entschluss Abstand zu nehmen, die zehn Polizeireiterstaffeln mit 121 Dienstpferden in Nordrhein-Westfalen aufzulösen. Monatelang, so der Minister in der Ausschusssitzung am 16. Januar, habe er diese Entscheidung mit sich herumgetragen. Wenn die Finanzlage des Landes eine andere wäre, oder wenn er sich sein Leben als Minister hätte leicht machen wollen, dann hätte er den Beschluss so nicht gefasst. Das Personal der Reiterstaffeln sei an anderer Stelle im Polizeidienst einzusetzen. Behrens: „Ich brauche in der derzeitigen Situation jeden Polizisten“.

Dem Ausschuss hatte der Minister einen 13-seitigen Bericht (Vorlage 13/1883) in dieser Sache vorgelegt. Darin redete er Klartext: Die Reiterstaffeln seien keine Einrichtung zur Förderung der Reiterei. Sie böten keine taktischen Möglichkeiten, die nicht auch durch andere Einsatzmittel in mindestens gleichwertiger Form wahrzunehmen seien (hier gab es Murren und Widerspruch im Publikum, das zum großen Teil von Polizistinnen und Polizisten der Staffeln gestellt wurde). Pro Pferd müssten täglich zwölf Euro für Tierarzt, Futter und Beschlag aufgewendet werden, zusammen mit den Kosten für die Miete von Stallungen und Reithallen summieren sich das pro Jahr auf zwei Millionen Euro. Durch die erforderliche Rüstzeit und durch

würdig. Engel: „Die Reiterstaffeln gehören zur Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen - und das ist ein Pferdeland“.

Man könne angesichts der Finanzlage des Landes den Kopf nicht in den Sand stecken, meinte dagegen Jürgen Jentsch (SPD). In den allermeisten Kreispolizeibehörden, das wisse er, werde die Sache mit den Reiterstaffeln anders diskutiert als hier. „Wir von der SPD-Fraktion machen diesen schmerzlichen Einschnitt mit“, stellte der Sprecher fest, die Situation der Landesfinanzen werde in absehbarer Zeit nicht besser. Wenn es einen Punkt gebe, in dem die SPD Anlass zu Zweifeln sehe, dann in der Frage, ob im Zusammenhang mit der Entscheidung die Rechte der Personalvertretungen zum Tragen gekommen sind.

BESÄNFTIGUNG

Das Einsparvolumen von zwei Millionen Euro stehe am Ende in keinem Verhältnis dazu, was bei der inneren Sicherheit durch die Auflösung der Reiterstaffeln wegfallen wird. Diese Meinung vertrat Dr. Wilhelm Droste (CDU) und monierte die eklatanten Unterschiede bei den Mietkosten. Sie seien in Bochum um ein Mehrfaches billiger als in Essen: In Bochum würden die Pferde in einem privaten Stall untergebracht, während in Essen Miete gezahlt werden müsse, die vom landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) festgelegt worden sei. Drostes Fraktionskollegin Gisela Hinnemann machte daraus den Vorschlag, Einsparungen dadurch zu erzielen, dass alle Tiere privat untergestellt werden; das sei billiger als die „Phantasiemieten des BLB“.

BETEILIGUNG

Ein Argument, das der Minister allerdings weit von sich wies, brachte Horst Engel (FDP): Der Auflösungsbeschluss sei am Parlament vorbei ergangen. Das sei „kontraproduktiv“ gewesen, denn „sonst hätten wir Ihnen unseren Rat als Parlament gegeben“. So aber zerstöre die Vorgehensweise „Vertrauen“ und der Einsatzwert der Polizeistaffeln werde „heruntergeredet“. Es gebe Berechnungen, dass ein einziger Polizeireiter in der Lage sei, bis zu acht Mann einer Fußstreife zu ersetzen. Das vom Minister gelieferte Zahlenmaterial sei frag-

Der Sparzwang ermögliche nur eine verantwortbare Entscheidung, fand Monika Düker (GRÜNE). Ob es nicht angesichts der Kürzungen, die man nicht im Haushalt des Innenministers, aber im sozialen Bereich habe vornehmen müssen, nicht legitim sei zu fragen, ob auf Polizeipferde verzichtet werden könne, wollte sie wissen und redete den diskutierenden Oppositionsabgeordneten ins Gewissen: „Dies ist ein Abwägungsprozess und keine Glaubensfrage“.

Der Innenminister hielt ebenfalls nichts davon, die Entscheidung zu dramatisieren und zu emotionalisieren. Es gehe nicht um Krieg und Frieden, redete er der Opposition ins Gewissen. Vernunft und Verstand sollten die Oberhand behalten. Es sei keine „halbe“ Lösung möglich, etwa die Konzentration auf eine einzige Staffel im Lande - dass dafür im politischen Raum das Verständnis wachsen möge, wünsche er sich: „Lassen Sie die Kirche im Dorf“. An die anwesenden zahlreichen Mitglieder der Reiterstaffeln gewandt sagte Behrens, es handele sich keineswegs um Kritik an ihrer bisherigen Arbeit. Er danke ausdrücklich für diese Arbeit. Aber er habe auch in die Polizei „hineingehorcht“ – mit großer Mehrheit, so der Minister, habe man einen Verzicht auf die Staffeln nahe gelegt, „wenn die finanzielle Situation so ist, wie sie ist“.

Dem Sympathieträger Polizeipferd soll nicht schnöde der Abschied gegeben werden. Innenminister Behrens in seinem Bericht: „Die Pferde werden weiter gut versorgt. Soweit ein Verkauf nicht möglich ist, werden Pferde auf einem Gnadenhof untergebracht“.